



20.08.2026

Holzdammm 18
20099 Hamburg
Telefon (040) 25 40 26 - 0
Telefax (040) 25 40 26 - 10

dpolg@dpolg-hh.de
www.dpolg-hh.de
V.i.S.d.P.: Thomas Jungfer

„Im Rathaus sind die Räuber!“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Hamburg protestiert gegen die geplanten Sparmaßnahmen des Senats. Völlig ungeniert greift Rot-Grün in das Portemonnaie unserer Kolleginnen und Kollegen.

Der vom Senat vorgelegte Entwurf zum Doppelhaushalt 2027/28 bedeutet für unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ganz konkret eine Gehaltskürzung ab dem 1. Januar kommenden Jahres. Dazu kommen Stellenstreichungen und die Nichtbesetzung offener Stellen. Die Schwächung der Polizeiverwaltung und die Reduzierung des Tarifbereiches ist ein folgenreicher Irrweg. Die Auswirkungen werden den Polizeivollzug und somit die innere Sicherheit spürbar schwächen. Die Hamburgerinnen und Hamburger werden es merken.

Die angekündigte Arbeitszeiterhöhung auf 41 Wochenstunden für Hamburgs Landesbeamtinnen und -beamten ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Sparen bis die „Schwarte kracht“ und den „Gürtel enger schnallen“ wurden vom Ersten Bürgermeister, Dr. Peter Tschentscher, und seinem obersten Kassenwart, Finanzsenator Dr. Andreas Dressel, als Marschroute für den Doppelhaushalt 2027/28 ausgegeben. Leider müssen „bittere Pillen“ verteilt werden, erklärten beide unisono auf der Haushalts-Presskonferenz.

Wir tragen unseren Protest auf die Straße und werden vor der Sitzung des Haushaltsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft laut und deutlich zeigen, was wir von den Sparmaßnahmen halten!

Wo: Adolphsplatz 6
(hinter dem Rathaus)

Wann: Freitag, 21. August 2026, 16 Uhr bis 17.30 Uhr

Dazu DPoIG-Landesvorsitzender Thomas Jungfer: „Personalnot, Überstunden und Mehrarbeit bilden den negativen Dreiklang vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Arbeits- und Einsatzbelastung für alle Polizeibeschäftigten, egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt. Selbstverständlichkeiten – wie das Nachbesetzen freigewordener Stellen durch Ruhestand – werden plötzlich infrage gestellt. Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne finanziellen Ausgleich ist politisch organisierter Diebstahl – was denn sonst? Seit vielen Jahren werden Hamburgs Beamtinnen und Beamten verfassungswidrig zu niedrig bezahlt, das will der Senat jetzt mit Almosen heilen, was für eine Schäbigkeit! Hamburgs Polizistinnen und Polizisten bleiben nicht still, ganz im Gegenteil. Wir wehren uns, denn im Rathaus sind die Räuber!“

Bei Rückfragen: Thomas Jungfer, Landesvorsitzender, Tel.: 0172-5696287